



Zusammenfassung

Wahrnehmungen und Einschätzungen der Bevölkerung zum demographischen Wandel

Zentrale Ergebnisse einer
repräsentativen Bevölkerungsumfrage

Wahrnehmungen und Einschätzungen der Bevölkerung zum demographischen Wandel

Zentrale Ergebnisse einer
repräsentativen Bevölkerungsumfrage
des Instituts für Demoskopie Allensbach

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die weibliche Sprachform verzichtet.
Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für beide Geschlechter.

Über die Befragung

Für die Bertelsmann Stiftung zählt der demographische Wandel zu den wesentlichen Megatrends, die vielfältige Auswirkungen auf unterschiedliche Lebensbereiche und Politikfelder haben. Das Explorationsprojekt „Demographischer Wandel auf dem Prüfstand“ im Zentrum Internationale Foren und Trends hat zum Ziel, auf Basis wissenschaftlicher Expertisen und mit Hilfe von Experteninterviews und Befragungen von Bürgern ein aktualisiertes Bild des demographischen Wandels zu zeichnen.

Vor diesem Hintergrund wurde das Institut für Demoskopie Allensbach von der Bertelsmann Stiftung beauftragt, zum Thema Demographischer Wandel eine repräsentative Bevölkerungsbefragung durchzuführen. Folgende Zielsetzungen bilden den Ausgangspunkt dieser Befragung:

- Das Thema Demographischer Wandel spielt seit den 2000er Jahren eine bedeutende Rolle in Politik und Wirtschaft, in Wissenschaft und auch in den Medien. Was wissen die Bürger über den demographischen Wandel, wie schätzen sie seine Bedeutung für das eigene Leben und die Zukunft des Landes ein? Welche Folgen erwarten die Bürger durch den demographischen Wandel im gesellschaftlichen Umfeld und in der Arbeitswelt?
- Was sollte die Politik aus Sicht der Bürger tun, damit die Gesellschaft und der Einzelne den demographischen Wandel möglichst gut bewältigen können? Besonders mit Blick auf die Herausforderungen für die staatliche Altersvorsorge werden die Bürger befragt, welche Maßnahmen zu einer Stabilisierung beitragen könnten.
- Welche Einstellungen hat der Einzelne gegenüber dem eigenen Älterwerden – ist er zu Verhaltensänderungen bereit? Besonderes Interesse gilt dabei der Phase des Übergangs vom Erwerbsleben in den Ruhestand. Welche Faktoren veranlassen den Einzelnen, möglichst vorzeitig aus dem Erwerbsleben ausscheiden zu wollen? Umgekehrt wurde gefragt, welche Bedingungen und Anreize förderlich wären, den Eintritt in den Ruhestand aufzuschieben und länger zu arbeiten.

Dieses Dokument fasst die wesentlichen Ergebnisse der Repräsentativbefragung „Demographischer Wandel: Wahrnehmungen und Einschätzungen der Bevölkerung“ zusammen, die das Institut für Demoskopie Allensbach durchgeführt hat. Insgesamt wurden 1.454 Personen (deutsche Wohnbevölkerung) ab 16 Jahren aus den alten und neuen Bundesländern als repräsentative Stichprobe befragt. Die Befragung wurde mündlich-persönlich (Face-to-Face) nach einem einheitlichen Frageformular vorgenommen. An der Befragung waren insgesamt 442 geschulte Interviewer beteiligt. Die Interviews wurden vom 7. bis 19. Oktober 2017 geführt.

Zentrale Ergebnisse im Überblick

Wahrnehmung des demographischen Wandels

Die Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland ist für das Thema ‚demographischer Wandel‘ sensibilisiert. 75 Prozent der Befragten kennen den Begriff. Sie verbinden mit ihm Assoziationen wie „Immer mehr Ältere, weniger Kinder, Überalterung, Ungleichgewicht zwischen Jungen und Alten, das Risiko der Altersarmut oder höheres Renteneintrittsalter“. Nur ein Viertel der Befragten hat den Begriff ‚Demographischer Wandel‘ noch nicht gehört oder kann dazu keine Angaben machen.

Der demographische Wandel ist aus Sicht der Bürger vor allem mit Risiken, kaum mit Chancen verbunden.

Aktuell sehen 65 Prozent der Befragten den demographischen Wandel mehr mit Risiken für Deutschland verbunden, während 8 Prozent eher die Chancen für das Land sehen. Im Vergleich zum Jahr 2014 hat die Wahrnehmung des demographischen Wandels als Risiko um 10 Prozentpunkte zugenommen.

Die überwiegende Mehrheit der Befragten erwartet starke Auswirkungen auf die Zukunft des Landes.

Eine große Mehrheit (78 Prozent) hat die Erwartung, dass sich der demographische Wandel stark auf die Zukunft des Landes auswirkt. Für das eigene persönliche Umfeld und das tägliche Leben erwartet hingegen nur eine Minderheit der Befragten (29 Prozent) starke oder sehr starke Auswirkungen des demographischen Wandels.

Erwartete Folgen des demographischen Wandels

Mehr Altersarmut, ein längeres Arbeitsleben und steigende Rentenbeiträge: Für viele Bürger hat der demographische Wandel vor allem Folgen für das System der Alterssicherung.

Im Hinblick auf die zu erwarteten Folgen nennen die Befragten allen voran Auswirkungen, die die materielle Lage der Menschen beeinflussen: 83 Prozent erwarten eine erhöhte Altersarmut, 80 Prozent eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit. 77 Prozent der Befragten rechnen mit deutlich steigenden Rentenversicherungsbeiträgen. Aber auch Folgen für den Arbeitsmarkt werden erwartet: 61 Prozent der Befragten erwarten, dass es einen Fachkräftemangel geben wird. Im Vergleich dazu werden Folgen wie Spannungen zwischen den Generationen, Landflucht oder die wachsende Zuwanderung ausländischer Fachkräfte wesentlich weniger häufig genannt.

Die Befürchtung, dass die sozialen Sicherungssysteme durch den demographischen Wandel in Schieflage geraten, ist zwar im Zeitverlauf deutlich zurückgegangen, aber sie ist immer noch weit verbreitet.

Im Jahr 2004 äußerten noch fast zwei Drittel der Bevölkerung die Befürchtung, dass die sozialen Sicherungssysteme durch den demographischen Wandel in Gefahr geraten, zusammenzubrechen. Bei der Befragung im Herbst 2017 befürchteten dies nur noch 45 Prozent der Befragten. 72 Prozent der Befragten erwarten, dass es in Zukunft nur noch eine geringe Grundrente geben wird und man verstärkt privat für das Alter vorsorgen muss – im Jahr 2004 hatten das sogar 84 Prozent der Befragten erwartet.

In der Arbeitswelt erhöht der demographische Wandel den Stellenwert von Weiterbildung insbesondere für ältere Arbeitnehmer.

Fast drei Viertel der Bevölkerung erwarten, dass Berufstätige später in den Ruhestand gehen werden. Fast ebenso häufig geht die Bevölkerung davon aus, dass Unternehmen versuchen werden, immer mehr Arbeitskräfte durch Computer bzw. Maschinen zu ersetzen oder dass Unternehmen sich stärker darum bemühen werden, ältere Mitarbeiter zu halten. Vor diesem Hintergrund geht gut die Hälfte der Bevölkerung auch davon aus, dass es vor allem für ältere Arbeitskräfte wichtiger werden wird, sich fortzubilden. Überdurchschnittlich häufig (63 Prozent) gehen Berufstätige ab 55 Jahren davon aus, dass Weiterbildung in Zukunft wichtiger werden wird. Tatsächlich bilden sich von den befragten Berufstätigen ab 55 Jahren 30 Prozent weiter, „um im Job mithalten zu können.“

Maßnahmen zur Bewältigung des demographischen Wandels

Die Bevölkerung sieht keinen Königsweg, wie die gesetzliche Rentenversicherung gesichert werden kann. Einschnitte bei der Rente werden jedoch von fast allen Bürgern abgelehnt.

Von vielen Befragten werden die Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Altersabsicherung und das Rentensystem deutlich thematisiert – aber über die Wege zur Lösung herrscht große Uneinigkeit. Ein gutes Drittel der Befragten (35 Prozent) hält weder eine Erhöhung der Rentenbeiträge, noch eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit oder eine Kürzung der Renten für geeignete Maßnahmen, um die Renten langfristig zu sichern. Jeweils etwa 30 Prozent der Befragten sprechen sich für eine der ersten beiden Maßnahmen aus. Eine Kürzung der Renten kommt jedoch nur für eine Minderheit (4 Prozent) in Frage. Die Beurteilung dieser Fragestellung durch die Gesamtbevölkerung unterscheidet sich kaum davon, wie die Gruppe der Berufstätigen oder der Rentner dies beurteilt.

Den Pflegeberuf aufwerten und pflegende Angehörige fördern, beim Aufbau einer privaten Altersvorsorge unterstützen und die Kinderbetreuung ausbauen - das sind für die Bürger wichtige Maßnahmen, um die Auswirkungen des demographischen Wandels in den Griff zu bekommen.

Neben der ‚Altersabsicherung‘ steht das Thema ‚Pflege‘ bei der Nennung besonders wichtiger Maßnahmen weit oben auf der Agenda der Befragten. 79 Prozent halten es für besonders wichtig, den Pflegeberuf attraktiver zu machen. 69 Prozent sprechen sich dafür aus, Familien zu fördern, die ihre Angehörigen selbst pflegen. Ebenso viele sind der Ansicht, dass mehr Plätze für die Pflege und Betreuung älterer Menschen zu schaffen sind. Bei der Altersabsicherung wünscht sich die Bevölkerung mehr Unterstützung: 72 Prozent fordern eine stärkere Unterstützung beim Aufbau einer privaten Altersvorsorge. Für einen Abbau der Staatsverschuldung, um die Belastung für die junge Generation zu senken, plädieren 46 Prozent der Befragten.

Bei der Frage, ob der Fachkräftemangel in Deutschland durch Zuwanderung aus dem Ausland abgemildert werden kann, zeigt sich die Bevölkerung uneins.

42 Prozent der Befragten glauben nicht, dass das Problem des Fachkräftemangels durch Zuwanderung abgemildert werden kann – dagegen sind 41 Prozent der Ansicht, dass das möglich ist. 17 Prozent sind in dieser Frage unentschieden. In der Gruppe der befragten Personen mit höherer Schulbildung sind 52 Prozent der Ansicht, dass durch Zuwanderung der Fachkräftemangel entschärft werden kann. Dagegen teilen nur 34 Prozent der Befragten mit einfacher Schulbildung diese Ansicht, während 50 Prozent dieser Gruppe das nicht glauben. 53 Prozent der Befragten in den östlichen Bundesländern sind der Ansicht, dass die Zuwanderung den Fachkräftemangel nicht abmildert; hingegen teilen nur 40 Prozent der Befragten im Westen diese Ansicht.

Wenn es um die Frage der Lebensarbeitszeit geht, wünscht sich die Bevölkerung mehr Unterstützung und setzt dabei mehr auf Freiwilligkeit als auf Zwang.

Befragt nach besonders wichtigen Maßnahmen zur Bewältigung des demographischen Wandels plädieren 59 Prozent der Befragten dafür, es für ältere Arbeitnehmer attraktiver zu machen, länger im Beruf zu bleiben. Dagegen hält nur knapp ein Viertel der Befragten die Heraufsetzung des Renteneintrittsalters für eine besonders wichtige Maßnahme zur Bewältigung des demographischen Wandels. Für 38 Prozent der Befragten ist es wichtig, dass das ehrenamtliche Engagement älterer Menschen gefördert wird.

Persönliche Pläne für den Übergang in den Ruhestand

Die Neigung, früher als gesetzlich vorgesehen in Rente zu gehen, hat in den letzten Jahren abgenommen. Länger zu arbeiten, kann sich unter den Befragten eine kleine aber wachsende Minderheit vorstellen.

Ein Viertel der Befragten möchte lieber früher als gesetzlich vorgesehen in Rente gehen. Diese Präferenz ist seit 2002 um 27 Prozentpunkte gesunken. Parallel dazu ist der Anteil der Befragten, die lieber länger als gesetzlich vorgesehen arbeiten möchten, im gleichen Zeitraum von 5 auf 12 Prozent gestiegen.

Zugleich unterscheiden sich die Präferenzen deutlich zwischen einzelnen Altersgruppen. Der Anteil derjenigen, die lieber früher als gesetzlich vorgesehen in Rente gehen möchten, ist bei Berufstätigen in der Altersgruppe von

45 bis 54 Jahren am stärksten ausgeprägt (35 Prozent). Dieser Wunsch geht ab einem Alter von 55 Jahren aber deutlich zurück (22 Prozent).

Motive dafür, länger zu arbeiten, sind tendenziell davon abhängig, welche Schulbildung die Befragten haben und wie hoch ihr Haushaltseinkommen ist.

Bei den Befragten, die gerne länger als gesetzlich vorgesehen arbeiten würden, unterscheiden sich die Motive in Abhängigkeit zur Schulbildung bzw. zum Haushaltsnettoeinkommen erheblich. Befragte ohne Realschulabschluss (85 Prozent) oder mit einem Haushaltsnettoeinkommen unter 2.500 Euro (74 Prozent) bzw. zwischen 2.500 bis 3.500 Euro (78 Prozent) präferieren vor allem aus finanziellen Gründen eine verlängerte Lebensarbeitszeit. Befragte mit höherer Schulbildung oder einem Haushaltsnettoeinkommen über 3.500 Euro geben hingegen vor allem immaterielle Gründe für die Präferenz einer längeren Lebensarbeitszeit an („macht Spaß“ 84 bzw. 92 Prozent; „Kontakt mit Menschen“ 70 bzw. 81 Prozent; „Geistig fit bleiben“ 74 bzw. 75 Prozent). Finanzielle Motive spielen für diese Gruppe eine untergeordnete Rolle. Außerdem sinkt mit zunehmendem Alter die Bedeutung finanzieller Anreize für die Neigung zu einer längeren Erwerbstätigkeit, während immaterielle und gesundheitliche Gründe an Wichtigkeit gewinnen.

Der Wunsch nach mehr Freizeit motiviert viele zu einem frühen Ausstieg aus dem Arbeitsleben. Auch beruflicher Stress und gesundheitliche Belastungen sind für viele ein Grund dafür, nicht später in Rente zu gehen.

Die Befragten äußern vor allem immaterielle Gründe für die Präferenz, früher als geplant bzw. zum normalen Zeitpunkt in Rente zu gehen: „Leben genießen“ 69 Prozent; „Mehr Freizeit“ 46 Prozent; „mehr Reisen“ 44 Prozent. Berufstätige zwischen 45 und 54 Jahren (42 Prozent) sowie ab 55 Jahren (38 Prozent) geben außerdem wesentlich häufiger gesundheitliche Belastungen dafür an, früher oder wie gesetzlich vorgesehen in Rente zu gehen. Die Nennung gesundheitlicher Motive sinkt mit höherer Schulbildung bzw. höherem Haushaltsnettoeinkommen.

Hoffnungen und Sorgen mit Blick auf das eigene Alter

Im Alter möglichst lange in der gewohnten Umgebung zu bleiben, gehört zu einer häufig genannten Hoffnung der Bürger. Und viele wollen im Alter nachholen, was vorher zu kurz gekommen ist.

Die Wünsche und Pläne für das eigene Alter haben in den verschiedenen Altersgruppen unterschiedliche Bedeutung. Der Aussage „Ich hoffe, dass ich solange wie möglich in meiner gewohnten Umgebung wohnen kann“, stimmen 78 Prozent der Befragten zu. Unter den Befragten, die 60 Jahre und älter sind, stimmen sogar 92 Prozent dieser Aussage zu. 27 Prozent der befragten Bürger bejahen, sich im Alter ehrenamtlich engagieren zu wollen. 36 Prozent stimmen der Aussage zu, im Alter vieles nachzuholen, was vorher zu kurz gekommen ist.

Beim Gedanken an das Alter und Älterwerden haben die Deutschen aber auch Sorgen und Ängste.

22 Prozent der Befragten befürchten, dass im Alter niemand da ist, der sie pflegt. Diese Sorge äußern sogar drei von zehn der befragten Rentner ab 65 Jahren. 22 Prozent haben Angst davor, dass sie im Alter einsam sind. 27 Prozent der Befragten machen sich Sorgen darüber, sich wegen der Zuwanderer in Deutschland fremd zu fühlen. Der Aussage „Ich freue mich auf das Alter beziehungsweise das Älterwerden“ stimmen nur 15 Prozent der Befragten zu.

Finanzielle und nicht-finanzielle Formen der Altersvorsorge

Viele Bürger haben die Sorge, im Alter zu wenig Geld zu haben. Finanzielle Altersvorsorge gewinnt mit zunehmendem Alter an Bedeutung.

Jeder zweite Nichtrentner unter 65 Jahren macht sich manchmal Sorgen, im Alter zu wenig Geld zur Verfügung zu haben. Außerdem gehen lediglich 14 Prozent davon aus, im Alter finanziell abgesichert zu sein. 40 Prozent der Nichtrentner unter 65 Jahren sorgen finanziell vor und legen regelmäßig Geld für die Altersvorsorge zurück. Diese Möglichkeit ist jedoch alters- und einkommensabhängig: Während unter den Befragten im Alter von 16–29 Jahren 20 Prozent angeben, regelmäßig Geld für die Altersvorsorge zurückzulegen, legen 42 Prozent der 30–44-

Jährigen regelmäßig etwas zurück. Die Einkommensabhängigkeit zeigt sich darin, dass 27 Prozent der Nichtrentner angeben, keinen finanziellen Spielraum für die private Altersvorsorge zu haben. Zudem geben 39 Prozent der Nichtrentner unter 65 Jahren an, keinen Überblick über die Höhe ihrer Einkünfte im Alter zu haben.

Die Pflege sozialer Kontakte und die Beachtung einer gesunden Lebensweise mit Blick auf das eigene Alter nehmen in höheren Altersgruppen zu.

Mit Blick auf das eigene Alter nimmt das Bewusstsein für nicht-finanzielle Maßnahmen der Altersvorsorge mit dem Alter zu: In höheren Altersgruppen ist die Beachtung einer gesunden Lebensweise verbreiteter als in jüngeren. So achtet ab einem Alter von 45 Jahren mindestens jeder Zweite auf eine gesunde Lebensweise, um im Alter fit zu sein. Außerdem spielt bei 58 Prozent der Befragten zwischen 50 und 64 Jahren der Gedanke, im Alter nicht allein sein zu wollen, bei der Pflege der Kontakte zu Familie und Freunden auch eine Rolle. Dieser Anteil nimmt mit dem Alter der Befragten zu: Während der Gedanke, im Alter nicht allein sein zu wollen, bei 46 Prozent der 50- bis 54-Jährigen bei der Kontaktpflege mit präsent ist, ist das bei 69 Prozent der Befragten im Alter von 60 bis 64 Jahren der Fall.

Ein Blick auf das Antwortverhalten bei dieser Repräsentativbefragung

Insgesamt zeigt sich, dass die Befragten – nahezu unabhängig von Alter, Schulbildung und Haushaltseinkommen – stark übereinstimmen bei ihren Einschätzungen zu übergeordneten „systemischen“ Aspekten. Im Gegensatz dazu zeigen sich größere Unterschiede im Antwortverhalten, wenn es um individuelle Einstellungen und Verhaltensweisen der Befragten geht.

Eine weitgehend homogene Einschätzung ist vor allem bei Fragestellungen zu beobachten, bei denen es um übergeordnete Aspekte („Systemebene“) geht. Eine von allen gesellschaftlichen Gruppen geteilte Einschätzung zeigt sich bspw. bei der Wahrnehmung des demographischen Wandels vor allem als Risiko für das Land. Auch bei den erwarteten Folgen (z.B. steigende Altersarmut, höheres Renteneintrittsalter, steigende Beiträge) oder in Bezug auf Politikmaßnahmen (z.B. höheres Renteneintrittsalter, Rentenkürzung) stimmen die Befragten überein. Sehr heterogene Einschätzungen zeigen sich hingegen vor allem bei Fragen, die die persönliche Situation der Befragten betreffen: So unterscheiden sich die Vorstellungen über den Zeitpunkt des eigenen Renteneintritts in den verschiedenen Altersgruppen. Die Motive für eine längere Lebensarbeitszeit oder die Angabe gesundheitlicher Gründe für einen vorzeitigen Ausstieg aus dem Erwerbsleben verändern sich in Abhängigkeit zu Einkommen und Schulbildung.

Ansprechpartner für Rückfragen zu den Ergebnissen der Repräsentativbefragung

André Schleiter
Project Manager
Projekt „Demographischer Wandel auf dem Prüfstand“
Zentrum Internationale Foren und Trends
Bertelsmann Stiftung
Telefon +49 5241 8181262
Mobil +49 173 7253725
andre.schleiter@bertelsmann-stiftung.de
www.bertelsmann-stiftung.de

Impressum

© 2018 Bertelsmann Stiftung, Gütersloh
Carl-Bertelsmann-Str. 256
33311 Gütersloh
www.bertelsmann-stiftung.de

Titelfoto: © Robert Kneschke - stock.adobe.com

Lizenz

Der **Text** dieser Publikation ist urheberrechtlich geschützt und lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung, Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International (CC BY-SA 4.0) Lizenz. Den vollständigen Lizenztext finden Sie unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>



Das Titelfoto (© Robert Kneschke - stock.adobe.com) ist ebenfalls urheberrechtlich geschützt, unterfällt aber nicht der genannten CC-Lizenz und darf nicht verwendet werden.

Adresse | Kontakt

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0

André Schleiter
Project Manager
Zentrum Internationale Foren und Trends
Telefon +49 5241 8181262
Mobil +49 173 7253725
andre.schleiter@bertelsmann-stiftung.de

www.bertelsmann-stiftung.de